



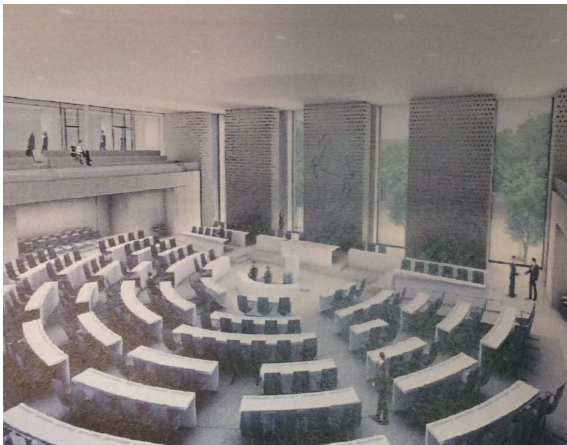
Bernd Lynack MdL
Wahlkreis 21 - Hildesheim

Wahlkreisbüro:
Osterstr.39 A · 31134 Hildesheim
Tel.: 0 51 21 / 3 95 52
Fax: 0 51 21 / 69 42 37
info@bernd-lynack.de
www.bernd-lynack.de

Hildesheim, 25. Juli 2014

Liebe Genossinnen und liebe Genossen,

heute übersende ich Euch einen „Landtag kompakt“ vom letzten Plenum vor der Sommerpause. Gleichzeitig verabschieden wir uns mit dieser Sitzungswoche vom alten Plenarsaal. Unmittelbar nach der Sitzungswoche soll mit dem Umbau des Plenarbereichs begonnen werden.



Ab September tagt das Landtagsplenum im umgebauten Forum des Landtags-erweiterungsgebäudes. Läuft alles nach Plan, werden wir noch in dieser Legislaturperiode, im Frühjahr 2017, in den umgebauten, mit Tageslicht durchfluteten Plenarsaal im Leineschloss zurückkehren. Wegen der beengten Platzverhältnisse stehen im Provisorium leider nur sehr begrenzte Plätze für Besucherinnen und Besucher zur Verfügung. Ich bitte schon jetzt um Euer Verständnis, dass in den nächsten Monaten deshalb leider nicht alle Besuchswünsche erfüllt werden können.

Auch in diesem Jahr habe ich wieder eine **Sommertour** durch den Wahlkreis geplant. Auf dem Programm stehen Besuche in der "Herberge zur Heimat", der Stadtbibliothek, bei Eintracht Hildesheim und der Firma Grimm-Schirp. Abgerundet wird das Programm durch Hausbesuche in den Stadtteilen. Die Sommertour führt mich selbstverständlich auch in meinen

Betreuungswahlkreis Alfeld. In Abstimmung mit den Genossinnen und Genossen vor Ort, stehen ein Redaktionsgespräch bei der Alfelder Zeitung, der Geschäftsstelle der VHS in Alfeld und die LABORA-Jugendwerkstatt an. Daneben sind Ortstermine mit unserer Verkehrsstaatssekretärin Daniela Behrens zur geplanten Ortsumgehung Marienhagen und der vom Land bereits genehmigten Geschwindigkeitsbegrenzung für die B 3 bei Elze geplant. Ich freue mich sehr auf dieses Besuchs- und Besichtigungsprogramm und viele interessante und neue Einblicke.

Auf einen Termin am 4. August freue ich mich ganz besonders: Ich werde mit 14 Kindern aus dem Flüchtlingsheim Hildesheim und vier Begleitpersonen einen **Nachmittag auf einem Islandpferdehof** in Bad Salzdetfurth verbringen. Dieser Besuch resultiert aus meiner **Geldspende vom Waffelverkauf** in der Fußgängerzone im Dezember 2013. Die Kinder hatten sich von diesem Erlös einen Besuch auf einem Reiterhof gewünscht, dieser Wunsch wird nun in der schönen Jahreszeit eingelöst.



Spendenübergabe im Flüchtlingsheim Hildesheim

Am Montag dieser Woche hat wieder das traditionelle **Sommerfest der SPD-Landtagsfraktion** stattgefunden. Ich hatte die Möglichkeit, mit vielen interessanten Gästen ins Gespräch zu kommen. Besonders gefreut habe ich mich, dass auch einige Genossinnen und Genossen aus Stadt und Landkreis Hildesheim dabei waren. Das Wetter spielte auch mit, so dass aus dem Sommerfest 2014 rundum ein gelungenes Fest wurde.



Hildesheimer Tisch mit den Fraktionsvorsitzenden Klaus Bruer und Corinna Finke.

Im Zusammenhang mit der **Krankenhausbedarfsplanung** begrüße ich es sehr, dass die Landesregierung ihr Versprechen umsetzt, Krankenhausstrukturen im ländlichen Raum zu erhalten. Der Krankenhausplanungsausschuss hat in Bezug auf die Kliniken in Diekholzen, Alfeld und Gronau

eine Entscheidung bis zum September vertagt. Der Aufschub gibt allen Beteiligten die Chance, sich für die entscheidende Runde neu aufzustellen. Alle Beteiligten aus Kommunalpolitik und Krankenhaus Trägerschaft sind gut beraten, die Zeit zu nutzen und sich auf eine gemeinsame Position zum Erhalt der Krankenhausstruktur im Südkreis zu verständigen. Eine vom Ministerium veröffentlichte Liste mit künftig geförderten Krankenhäusern hatte bei den betroffenen Krankenhäusern im Süden des Landkreises für Verwirrung und Enttäuschung gesorgt. Nun soll die Entscheidung zur Krankenhausstruktur im Landkreis Hildesheim erst nach einem Regionalgespräch mit allen Beteiligten am 12. September getroffen werden. Wichtig ist mir bei der Entscheidung neben einem wohnortnahen Versorgungsangebot vor allem auch, dass die Interessen der Beschäftigten, die schon seit langem nicht wissen, wohin die Reise mit ihren Kliniken geht, gewahrt werden.

Chancengleichheit und Gerechtigkeit stehen im Mittelpunkt sozialdemokratischer Bildungspolitik. Deshalb finde ich es richtig und wichtig, dass der Bund die Mittel nach dem **BAföG** ab dem Wintersemester 2016/2017 künftig allein trägt. Zusätzlich werden die Fördersätze und Freibeiträge um sieben Prozent angehoben. Dadurch erhalten ca. 110.000 junge Menschen einen zusätzlichen Anspruch auf BAföG. Der Wohnzuschlag wird von 225 € auf 250 € angehoben. Die bisherige Förderlücke zwischen Bachelor-Abschluss und Master-Studium soll ebenso geschlossen werden. Niedersachsen wird die freiwerdenden BAföG-Mittel im Bereich der Kindertagesstätten für eine dritte Betreuungskraft in den Krippen einsetzen.

Gefreut habe ich mich auch über die Nachricht, dass Hildesheim Geld aus der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) und dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in Niedersachsen, in Höhe von **192.000 €** bekommen wird. Das Geld steht zur Verfügung **für die Einrichtung eines neuen Besucher- und Welterbezentrums der Hildesheim Marketing GmbH**. Jetzt ist es an der Stadtverwaltung und dem Rat, eine plausible Kostenplanung für die notwendige Kofinanzierung in gleicher Höhe vorzulegen. Darüber hinaus werden wir darauf achten, dass in diesem Zusammenhang der Stadtbibliothek keinerlei Nachteile entstehen. In Rede steht nämlich die Unterbringung des Welterbe und Welcome-Centers in den Räumen des Tempelhauses am Markt, dass auch von der Bibliothek genutzt wird.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich wünsche euch und euren Familien eine wunderschöne und sonnige Sommerzeit. Erholt euch gut, damit wir nach den Sommerferien gestärkt mit neuem Elan wieder in die politische Arbeit einsteigen können. Auch ich freue mich auf ein paar ruhige, sommerliche Tage mit meiner Familie in der zweiten Ferienhälfte.

Mit sommerlichen Grüßen



LANDTAG KOMPAKT · LANDTAG KOMPAKT · LANDTAG KOMPAKT

Gleich zu Beginn der Plenarwoche habe ich für die Fraktion zu Änderungen des Niedersächsischen Meldegesetz und vollstreckungsrechtlicher Vorschriften gesprochen. Beide Reden sind auf meiner Internetseite zum Nachlesen eingestellt.



Rede zum Niedersächsischen
Meldegesetz am 22.07.14

- Auf der Tagesordnung hat am Mittwoch eine Ansprache von Helmuth Graf von Moltke „Die Frucht des Deutschen Widerstands“ – zum Wachhalten der Erinnerung an den 20. Juli 1944, gestanden. Willy Brandt hat das vor 35 Jahren in einer Rede folgendermaßen formuliert: „Widerstand darf man ja auch nicht als spezifisch sozialdemokratisch einstufen wollen. Verfolgt, verfemt und vernichtet worden sind viele andere – bis hin zum immer noch kaum erklärbaren, millionenhaften Mord an Männern, Frauen und Kindern ihrer bloßen Herkunft wegen. Aber gewiss hat es gegeben den Widerstand und die Verfolgung vieler deutscher Sozialdemokraten, die sich – wie andere – nicht beugen mochten und sich verzweifelt auflehnten gegen die Tyrannei. Die sich nicht anpassten, geschweige denn mitmachten. Die viel Leid auf sich und ihre Familien luden. Drinnen und draußen. Allein und mit anderen. Organisiert und unorganisiert.“ (Brandt, Willy, Deutsche Sozialdemokraten und ihr Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in: Fetscher, Iring, Geschichte als Auftrag. Willy Brandts Reden zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Bonn, 1981, S. 192).
Mir ist wichtig, dass wir als Sozialdemokratinnen und –demokraten den sozialdemokratischen Widerstand nicht vergessen – gerade jetzt, wo wir 2013 unser 150-jähriges Jubiläum gefeiert haben.

Weitere Tagesordnungspunkte waren u. a.:

- **Entschließungsantrag „Visafreiheit für türkische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger ermöglichen“**

Noch immer kann nur ein Bruchteil aller türkischen Staatsangehörigen visumsfrei nach Deutschland einreisen. Eine restriktive und verwaltungsintensive Praxis bei der Visavergabe erweist sich für viele Antragsstellerinnen und Antragsteller als unüberwindbares Hindernis für eine Einreise in die Bundesrepublik - selbst Antragsstellerinnen und Antragsteller, die nach dem Assoziierungsabkommen mit der Türkei von der erleichterten visumsfreien Einreise umfasst sind, werden vor erhebliche bürokratische Hindernisse gestellt. Betroffene berichten von wochen- oder sogar monatelangen Wartezeiten, kostenintensiven Verfahren und grundlos abgelehnten Einreiseanträgen. Personen, die unstreitig visumsfrei in die Bundesrepublik einreisen dürfen, sehen sich somit einem Verwaltungsverfahren ausgesetzt, das faktisch dem eines Visumsantrags gleichkommt. Die abschreckende Verwaltungspraxis der deutschen Botschaft schlägt sich auch in der

sinkenden Zahl der Anträge auf visumsfreie Einreise nieder. Im Ergebnis wird so die Ausübung des Rechts auf visumsfreie Einreise im Rahmen der aktiven Dienstleistungsfreiheit klar verhindert. Die Probleme werden auch bei wirtschaftlichen Kontakten zwischen niedersächsischen und türkischen Unternehmen deutlich. Diese unterhalten rege wirtschaftliche Beziehungen. Die Türkei ist regelmäßig Partnerland auf zahlreichen Messen in Hannover und viele niedersächsische Unternehmen haben Tochtergesellschaften in der Türkei. Aus türkischer Perspektive ist Deutschland sogar der wichtigste Handelspartner. So gibt es beispielsweise 5259 Unternehmen in der Türkei, an denen deutsche Unternehmen eine Kapitalbeteiligung besitzen. Darum machen sich besonders in Niedersachsen die aufgezeigten Hürden für eine Einreise negativ bemerkbar. Zahlreiche kleine und mittelständische Unternehmen und auch die Deutsche Messe AG berichten von Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit mit Partnerinnen und Partnern aus der Türkei.

Auch über die aktive Dienstleistungsfreiheit hinaus, etwa bei Familienbesuchen oder kommunalen Initiativen zum kulturellen und sportlichen Austausch mit der Türkei, steht die Visavergabe im Zeichen von Bürokratie und Intransparenz. Der Antrag setzt sich für eine Visafreiheit ein und fordert die Landesregierung auf, sich gegenüber der Bundesregierung hierfür einzusetzen.

- **Entschließungsantrag „Sicherstellung und Weiterentwicklung der qualifizierten Angebote für taubblinde und höresehbehinderte Menschen in Niedersachsen“**

Seit dem 26.03.2009 ist die Behindertenrechtskonvention in Deutschland rechtsverbindlich. Sie ist damit bindendes Menschenrecht und verleiht Menschen mit Behinderungen einklagbare Rechte, vor allem das Recht auf umfassende gesellschaftliche Teilhabe in allen Bereichen. Derzeit bestehen jedoch für taubblinde und höresehbehinderte Menschen unüberwindbare Hürden, die mit der UN-Behindertenrechtskonvention nicht im Einklang stehen. In Niedersachsen gibt es schätzungsweise 200 bis 500 Betroffene, die im Vergleich zu anderen behinderten Menschen in ihrer Mobilität, in ihrer Kommunikation und im Alltag auf besondere Weise eingeschränkt sind. Die Inklusion kann daher nur gelingen, wenn sie im Alltag durch eine persönliche Assistenz unterstützt werden und frühzeitig geeignete Kommunikationsformen, wie etwa die taktile Gebärdensprache oder das Lorm-Alphabet, erlernen können. Der vorliegende Antrag formuliert Maßnahmen und Forderungen, um die Inklusion dieser Personengruppe voranzubringen.